

Inhaltsverzeichnis

1. Konjunktur

- **Deutschlands Verlust an Wettbewerbsfähigkeit**
- **Schlechtes Konsumklima zu Jahresbeginn**
- **Geringe Nachfrage lässt Arbeitslosigkeit stagnieren**

2. Unternehmen

- **ifo Geschäftsklimaindex steigt im Januar 2025**
- **Die deutsche Investitionsflaute**
- **Geschäftsmodellinnovationen für Digitalisierung und Klimaschutz**
- **Kreditwachstum Ende 2024**

3. Politik

- **BMWK veröffentlicht Jahreswirtschaftsbericht**
- **Abwärtstrend der deutschen Exportleistung**
- **US-Zölle verändern Exportmarkt**

1. Konjunktur

Deutschlands Verlust an Wettbewerbsfähigkeit¹

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Wachstumsprognose für Deutschland im Jahr 2025 deutlich gesenkt. Statt der zuvor erwarteten 0,8 Prozent rechnet der IWF nun nur noch mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozent. Damit belegt Deutschland unter den führenden Industrienationen den letzten Platz. Bereits 2024 war Deutschland das einzige G7-Land mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung.

¹ [World Economic Outlook Update](#). IMF. (2025, Januar). [World Competitiveness Ranking - Rankings out of 67 countries](#). IMD. (2024).

Parallel dazu zeigt das „World Competitiveness Ranking“ der Schweizer Hochschule IMD, dass Deutschland im internationalen Wettbewerbsvergleich weiter abrutscht. Innerhalb eines Jahrzehnts fiel die Bundesrepublik von Platz sechs auf Platz 24 zurück. Als zentrale Schwächen nennt die Studie hohe Steuern und Abgaben, ineffiziente Bürokratie sowie Defizite in der Infrastruktur. Besonders kritisch wird die wirtschaftspolitische Planungssicherheit für Unternehmen bewertet.

Schlechtes Konsumklima zu Jahresbeginn²

Das **Konsumklima in Deutschland hat sich zu Jahresbeginn verschlechtert**. Sowohl die Erwartungen an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung als auch die Einkommensperspektiven und die Anschaffungsneigung gingen zurück. Gleichzeitig nahm die Bereitschaft zum Sparen leicht zu.

GfK-Konsumklimaindex



Quelle: NIQ.

Ein wesentlicher Grund für die Verschlechterung ist die **wachsende Unsicherheit der Verbraucher**. Die Hoffnungen auf eine Erholung, die sich im Vormonat angedeutet hatten, wurden nicht bestätigt. Besonders die **rückläufigen Erwartungen an das verfügbare Einkommen** und die

² NIQ (29.01.2025): [Konsumklima: Fehlstart ins neue Jahr](#).

geringere Bereitschaft zu größeren Anschaffungen trugen zur Entwicklung bei.

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage fiel pessimistischer aus als zuvor. Die Erwartungen an das künftige Einkommen gaben die positiven Entwicklungen des Vormonats teilweise wieder ab. Die Konsumneigung sank auf den **niedrigsten Stand seit mehreren Monaten**, was auf eine **anhaltende Zurückhaltung der Verbraucher** hindeutet.

Geringe Nachfrage lässt Arbeitslosigkeit steigen³

Im Januar 2025 nahm die **Arbeitslosigkeit saisonbedingt stark zu**, wobei die Arbeitslosenquote auf 6,4 Prozent anstieg. Diese Quote wird von der Bundesagentur für Arbeit berechnet und bezieht sich nur auf **registrierte Arbeitslose im Verhältnis zur abhängigen zivilen Erwerbsbevölkerung**. Da diese Bezugsgröße kleiner ist als die gesamte Erwerbsbevölkerung, fällt die Arbeitslosenquote meist höher aus als die Erwerbslosenquote. Die wirtschaftliche Schwäche zeigte sich zudem in der **steigenden Unterbeschäftigung und einer sinkenden Nachfrage nach Arbeitskräften**.

Im Vergleich zum Vorjahr verschlechterte sich die Situation deutlich, da **sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die Unterbeschäftigung zunahm**. Gleichzeitig **sank die Zahl der gemeldeten offenen Stellen**, was auf eine **geringere Nachfrage nach Arbeitskräften** hinweist. Während saisonale Effekte eine Rolle spielen, verstärkt die **schwache Konjunktur** die negativen Entwicklungen. Die steigende Zahl an Kurzarbeitern deutet zusätzlich darauf hin, dass **Unternehmen zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre Beschäftigten auszulasten**. Damit setzt sich der Trend eines stagnierenden bzw. rückläufigen Arbeitsmarktes fort.

³ Bundesagentur für Arbeit (31.01.2025): [Arbeitsmarkt im Januar 2025](#).

⁴ ifo Institut (27.01.2025): [ifo Geschäftsklimaindex gestiegen \(Januar 2025\)](#).

2. Unternehmen

ifo Geschäftsklimaindex steigt im Januar 2025⁴

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Januar leicht gestiegen. Unternehmen bewerteten ihre **aktuelle Lage positiver, während die Erwartungen für die kommenden Monate erneut pessimistischer** ausfielen. Trotz der Verbesserung bleibt die allgemeine Stimmung in der Wirtschaft gedämpft.

Im Verarbeitenden Gewerbe verschlechterte sich das Geschäftsklima weiter, da die **Skepsis für die Zukunft zunahm und die Neuaufträge weiter zurückgingen**. Der Dienstleistungssektor zeigte eine deutliche Stimmungsaufhellung, insbesondere IT-Dienstleister blickten optimistischer in die Zukunft. Im Handel blieb das Geschäftsklima stabil, wobei der Großhandel die Lage besser einschätzte, während der Einzelhandel pessimistischer wurde.

Im Bauhauptgewerbe trübte sich das Geschäftsklima weiter ein, da die Erwartungen sanken, obwohl die aktuelle Lage etwas besser eingeschätzt wurde. Die **Kapazitätsauslastung in der Industrie blieb auf einem niedrigen Niveau, deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt**. Die Daten zeigen eine weiterhin angespannte wirtschaftliche Lage mit unsicherem Ausblick.

Die deutsche Investitionsflaute⁵

Die Investitionstätigkeit in Deutschland bleibt verhalten. Im dritten Quartal 2024 lagen die Unternehmensinvestitionen preisbereinigt um **6,5 Prozent und die Wohnungsbauminvestitionen um rund 13 Prozent unter dem Stand von Ende 2019**. Besonders schwach entwickelten sich die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Investitionen in Nichtwohnbauten, die in vielen anderen Industrieländern stabiler blieben oder bereits wieder wuchsen. Lediglich **Investitionen in geistiges Eigentum legten zu**, allerdings langsamer

⁵ Scheuermeyer, P. (2025). [Investitionsentwicklung in Deutschland – eine Bestandsaufnahme](#) (Fokus Volkswirtschaft Nr. 485). KfW Research.

als in den USA oder Frankreich. Die öffentlichen Investitionen übertrafen zwar das Vorkrisenniveau leicht, **bleiben aber international weiterhin niedrig**.

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass die **private Nachfrage in Deutschland schwächer ausfällt als in anderen großen Volkswirtschaften**. Während der **private Konsum in den USA und Frankreich seit 2019 real gewachsen ist, liegt er in Deutschland unter dem Vorkrisenniveau**. Unternehmensbefragungen zeigen, dass viele Firmen die **gesamtwirtschaftliche Entwicklung und ihre Absatzlage als zentrale Investitionshemmnisse nennen**. Gleichzeitig werden **hohe Kosten, Fachkräftemangel und Bürokratie** als belastend empfunden. Die Kombination aus **strukturellen Standortfaktoren und einer schwächeren Nachfrageentwicklung** trägt dazu bei, dass Deutschland bei den privaten Investitionen hinter anderen Industrieländern zurückbleibt.

Geschäftsmodellinnovationen für Digitalisierung und Klimaschutz⁶

Mittelständische Unternehmen mit Geschäftsmodellinnovationen investieren häufiger in Digitalisierung und Klimaschutz, weil ihre Geschäftsmodelle eine **Anpassung an technologische und ökologische Anforderungen erfordern**. Digitalisierung optimiert Produktionsprozesse, eröffnet neue Vertriebswege oder ermöglicht datenbasierte Dienstleistungen. Klimaschutzinvestitionen sind notwendig, wenn Unternehmen Nachhaltigkeit integrieren, etwa durch energieeffiziente Produktion oder Kreislaufwirtschaft. **Unternehmen mit umfassenden Geschäftsmodellinnovationen investieren häufiger als solche mit geringfügigen Anpassungen**, weil sie größere strukturelle Veränderungen vornehmen müssen.

⁶ Zimmermann, V. (2025). [Mittelständische Unternehmen mit Geschäftsmodellinnovationen aktiver bei Digitalisierung und Klimaschutzinvestitionen](#). (Fokus Volkswirtschaft Nr.484). KfW Research.

Unternehmen mit ambitionierten Geschäftsmodellinnovationen **kombinieren Digitalisierung und Klimaschutzmaßnahmen**, weil digitale Technologien oft nachhaltige Lösungen ermöglichen. Automatisierung und Künstliche Intelligenz reduzieren Ressourceneinsatz, **digitale Plattformen verbessern die Auslastung von Produkten**, und neue Geschäftsmodelle setzen verstärkt auf Nachhaltigkeit. Da die Umstellung komplex ist und finanzielle Risiken birgt, verzichten viele Unternehmen darauf oder setzen sie nur langsam um. Staatliche Förderung kann hier helfen, indem sie **gezielt Geschäftsmodellinnovationen** unterstützt, die Digitalisierung und Klimaschutz vorantreiben.

Kreditwachstum Ende 2024⁷

Das Kreditneugeschäft der Banken mit Unternehmen und Selbstständigen ist im dritten Quartal 2024 **erstmalig seit zwei Jahren wieder gestiegen**. Im Vergleich zum Vorjahresquartal legte die Kreditvergabe um 1,6 Prozent zu, **begünstigt durch sinkende Kreditzinsen und einen Basiseffekt aufgrund des schwachen Vorjahresquartals**. Trotz dieser Entwicklung bleibt das Wachstum verhalten, da die anhaltende **konjunkturelle Schwäche und Unsicherheiten in der Handelspolitik die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dämpfen**.

Für das vierte Quartal 2024 prognostiziert die KfW ein **moderates Wachstum des Neugeschäfts um 2,6 Prozent**, das sich im ersten Quartal 2025 auf etwa 2 Prozent abschwächen könnte. Unterstützt wird die Kreditvergabe durch **weiter fallende Zinsen**. Gleichzeitig bestehen Abwärtsrisiken, insbesondere falls sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern.

⁷ Körner, J. (2025). [Unternehmenskredite wachsen wieder, weitere Entwicklung aber unsicher](#). (KfW-Kreditmarktausblick). KfW Research.

3. Politik

BMWK veröffentlicht Jahreswirtschaftsbericht⁸

Im **Jahreswirtschaftsbericht 2025 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)** wird eine Bilanz für das Jahr 2024 gezogen und ein Ausblick auf das Jahr 2025 gegeben.

Die deutsche Wirtschaft ist **im Jahr 2024 entgegen den ursprünglichen Prognosen geschrumpft**. Obwohl die Reallöhne gestiegen und die Beschäftigung hoch waren, **blieb der private Konsum schwach**. Die Exporte entwickelten sich enttäuschend, da deutsche Produkte auf dem Weltmarkt an Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Hohe Energiekosten belasteten weiterhin die energieintensive Industrie, auch wenn sie sich im Vergleich zur Energiekrise stabilisiert hatten. Gleichzeitig blieben Investitionen aus, insbesondere im Bau- und Ausrüstungssektor, da **Unsicherheiten bei Finanzierung und Planung** zunahmen. Diese Faktoren verhinderten eine stärkere wirtschaftliche Erholung, obwohl sich die Weltwirtschaft insgesamt positiv entwickelte.

Für die Zukunft sieht der Bericht weitere strukturelle Herausforderungen, die das Wachstumspotenzial hemmen. **Geopolitische Spannungen, ein langjähriger Investitionsstau und der demografische Wandel** verstärken den wirtschaftlichen Druck. Zudem steigen die Kosten durch den Klimawandel, was die Dringlichkeit von Investitionen in die Dekarbonisierung weiter erhöht.

BVMW-Position

Der *Jahreswirtschaftsbericht 2025* bestätigt zentrale Befürchtungen des BVMW: Die deutsche

Wirtschaft stagniert aufgrund **struktureller Defizite, mangelnder Investitionen und hoher Standortkosten**. Der Mittelstand leidet besonders unter hohen Energiekosten, einer überbordenden Bürokratie und einer schwachen Auslandsnachfrage. Trotz stabiler Erwerbstätigkeit fehlt es an Wachstumsimpulsen, weil regulatorische Unsicherheiten und Finanzierungshürden Investitionen hemmen.

Die **Agenda 2025+** des BVMW setzt genau hier an: Deutschland braucht dringend eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand entlastet und Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Dazu gehören eine **Senkung der Steuerlast, der Abbau bürokratischer Hürden und eine konsequente Digitalisierung**. Ohne diese Maßnahmen bleibt Deutschland international zurück und gefährdet langfristig seine Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten ist eine starke mittelständische Wirtschaft der Schlüssel für Stabilität und Wohlstand. Der BVMW fordert daher eine **klare industriepolitische Strategie, die den Strukturwandel aktiv gestaltet und den Mittelstand als Motor von Innovation und Beschäftigung stärkt**. Nur mit einem verlässlichen wirtschaftspolitischen Rahmen kann Deutschland die aktuellen Herausforderungen bewältigen und neues Wachstum generieren.

Abwärtstrend der deutschen Exportleistung ist langfristig^{9,10}

Seit 2015 verliert Deutschland **kontinuierlich an Exportstärke**, während andere Länder ihre Anteile am Welthandel ausbauen. Besonders betroffen sind Schlüsselbranchen wie Automobil, Maschinenbau, Chemie und Pharma, die in 131 von 193 betrachteten Staaten Marktanteile einbüßen. Während Indien, Polen und Kroatien ihre Exporte deutlich steigern konnten, **sank die**

⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (29.01.2025): [Jahreswirtschaftsbericht 2025 - Für eine neue wirtschaftliche Dynamik](#).

⁹ Olk, J. (01.02.2025). [Deutschland verliert seit zehn Jahren im globalen Wettbewerb](#). Handelsblatt.

¹⁰ [Trump-Zölle verringern US-Exporte](#). (Pressemitteilung). (04.02.2025). ifo Institut.

deutsche Exportleistung um elf Prozent. Die Zeiten hoher Handelsbilanzüberschüsse sind vorbei, und der Beitrag der Exporte zum deutschen BIP nimmt ab.

Zunehmende Handelshemmnisse könnten diese Entwicklung weiter verschärfen. Die **von Donald Trump angekündigten US-Zölle und die Pläne von Friedrich Merz für dauerhafte Grenzkontrollen könnten den deutschen Handel zusätzlich belasten.** Die EU reagiert mit Freihandelsabkommen, um neue Exportmärkte zu erschließen, doch **strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel, Bürokratie und sinkende Innovationskraft** schwächen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sieht Reformbedarf **vor allem in nichtpreislichen Standortfaktoren (z.B. Infrastruktur, Fachkräftemangel, Bürokratie)**, um Deutschland langfristig wieder als Exportnation zu stärken.

Laut einer Studie des ifo Instituts die von Donald Trump eingeführten Zölle auf Importe aus Kanada, Mexiko und China die US-Exporte um etwa ein Fünftel reduzieren. Kanada und Mexiko wären ebenfalls stark betroffen; **bei Gegenmaßnahmen könnten ihre Gesamtexporte um mehr als ein Viertel beziehungsweise ein Drittel sinken.** China hingegen könnte seine Handelsströme leichter umleiten und wäre weniger beeinträchtigt.

Für Deutschland prognostiziert das ifo Institut einen leichten Anstieg der Gesamtexporte um ein halbes Prozent. **Dieser Effekt ist jedoch zweischneidig: Während die US-Zölle die Nachfrage der kanadischen und mexikanischen Wirtschaft nach deutschen Waren verringern könnten, könnten deutsche Exporte in die USA die Exporte dieser Länder verdrängen.** Angesichts der Drohungen Trumps, auch Zölle auf EU-Importe zu erheben, sind die Chancen für ein solches Exportwachstum jedoch gering. Mittelfristig könnte die Industriewertschöpfung in Kanada um etwa ein Siebtel und in Mexiko um ein Achtel zurückgehen. In China wäre der Rückgang mit knapp einem Prozent deutlich geringer. Diese Berechnungen berücksichtigen mögliche

Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder als Reaktion auf die US-Zölle.

BVMW-Position

Deutschland steht **an einem wirtschaftspolitischen Wendepunkt.** Als exportabhängige Volkswirtschaft ist es essenziell, die Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Reformen zu sichern. Insbesondere KMU benötigen **verlässliche Rahmenbedingungen, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können.** Eine wachstumsorientierte Standortpolitik, die Bürokratie abbaut, Innovationskraft stärkt und Investitionen erleichtert, ist daher dringend erforderlich.

Die zunehmende Tendenz zum Protektionismus stellt eine **Bedrohung für den freien Handel** dar, der Deutschland jahrzehntelang den Wohlstand gesichert hat. Neue Handelshemmnisse und geopolitische Unsicherheiten machen eine strategische wirtschaftspolitische Ausrichtung erforderlich. Neben der **Diversifizierung von Handelspartnern ist eine aktive Rolle Deutschlands in der EU notwendig**, um neue Freihandelsabkommen voranzutreiben und bestehende Märkte zu stabilisieren. Gleichzeitig muss die nationale Wirtschaftspolitik entschlossen auf die veränderten globalen Bedingungen reagieren.

Zwar könnten deutsche Exporte kurzfristig von den neuen US-Zöllen profitieren, **langfristig jedoch bergen sie erhebliche Risiken für die Weltwirtschaft.** Ein Handelskrieg zwischen den großen Wirtschaftsräumen könnte nicht nur Lieferketten belasten, sondern auch die deutsche Industrie treffen. Daher sollte die Bundesregierung **sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene für offenen Handel eintreten und gleichzeitig strukturelle Reformen vorantreiben**, um Deutschland als wettbewerbsfähigen Standort zu stärken.

Berlin, 07.02.2025

Gez.: Jasper Lücke jasper.lueke@bvmw.de

Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de